



Medieninformation

Magdeburg, 27. März 2009

Landesbauernverband zu AMK:

Agrarministerkonferenz greift aktuelle Probleme der Landwirtschaft auf, sofortige Hilfe ist aber nicht zu erwarten

Im Ergebnis der Frühjahrskonferenz der Agrarminister (AMK) am 26. und 27. März in Magdeburg wird von den Agrarministern mit der „Magdeburger Erklärung“ die schwierige Lage der Landwirtschaft und insbesondere der Milchbauern aufgegriffen.

Unter Leitung von Agrarministerin Wernicke ist es gelungen eine gemeinsame Stellungnahme aller Landwirtschaftsminister der Bundesländer zu verabschieden, die auch Forderungen des Berufsstandes beinhaltet.

Besonders hervorzuheben ist die einhellige Forderung der AMK nach Absenkung der Agrardieselsteuer auf ein Vergleichbares europäisches Niveau. Als Sofortlösung wurde die Bundesregierung aufgefordert sowohl den „Selbstbehalt“ von 350 € als auch die Obergrenze von 10 000 € kurzfristig abzuschaffen.

Durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel aus dem Konjunkturpaket der EU soll insbesondere die Milchproduktion über Grünlandprogramme und weitere Investitionsanreize gefördert werden. Über vom Berufsstand geforderte verbesserte Investitionsbedingungen soll von den Bundesländern erst Ende April verhandelt werden.

Allerdings war in der abschließenden Pressekonferenz erkennbar, dass von den meisten Beschlüssen keine schnelle Hilfe zu erwarten ist. So stellte Bundesministerin Aigner fest, dass die Dieselsteuerproblematik in dieser Legislaturperiode nicht mehr umzusetzen sei. Damit wird eine mögliche sofortige Kostenentlastung verschenkt.

Beim Absatz von Milch und Milchprodukten blieb es bei Appellen an die Verbraucher, die Praktiken des Lebensmitteleinzelhandels als Preisdrücker mit Lockangeboten wurden nicht aufgegriffen.

Insgesamt können die Ergebnisse als Schritt in die richtige Richtung gewertet werden, jetzt muss sehr schnell gemeinsam an der konsequenten Umsetzung gearbeitet werden.

Alleingänge einzelner Bundesländer werden keine Lösung bringen und fordern die Kritik der Mehrheit der Bundesländer.

Einhellig wurde der Landwirtschaft eine klare Marktorientierung empfohlen, die Politik will begleitende Aufgaben übernehmen und insbesondere für zukunftsorientierte Betriebe durch Investitionsförderung an der Entwicklung marktfähiger Strukturen mitwirken.